

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Geprägt 1920

Mittwoch den 10. Oktober 1923

Seit 1878

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Die in der Auflage mit beifolgender Beilage übernommenen, mit Kapitalen versehenen Aktien in bestimmten Ausmaßen aber an der gewöhnlichen Börse veräußert. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Aktien oder auf Rückzahlung d. Kapitalanteils.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.
Postfachkonto: Stuttgart 5118.

Ercheint an jedem Sonntag...
Preis: 1.50 Mk. pro Quartal...
Einzelhefte 50 Pf.

Nr. 237

Tagespiegel

Die preussische Staatsregierung hat die staatlichen Gruben des Ruhrgebiets angewiesen, die bisherige Arbeitszeit beizubehalten.

Der Reichshaushalt für 1924 soll auf wertbeständiger Grundlage berechnet werden.

Nach Berichten aus der Provinz Szechuan sind liberale Streikkräfte in chinesisches Gebiet eingedrungen.

Clopp George ist in Neusport angekommen und zu seiner Weiterreise nach Kanada weitergereist.

Lord Curzon mahnt Poincaré

Seit 11. August haben wir in dem deutsch-französischen Kampf wenig oder so gut wie gar nichts gutes mehr von England gehört. Ja, die Note vom 11. August. Das war eine kräftige deutsche Sprache: die alte Entschädigungsfrage sei viel zu hoch, sie müsse durch eine internationale unparteiische Instanz nachgeprüft und herabgesetzt werden; die Ruhrbesetzung sei ebenso unzumutbar wie vertragswidrig. England werde, wenn Frankreich nicht mittut, von sich aus das weitere einleiten.

Wir Deutschen waren goldfroh über diese Note und hofften zuversichtlich, daß die Sache bald losgehen werde. Aber es geschah — nichts. Dafür hielt Poincaré Sonntag für Sonntag Reden, in denen er seinen Kollegen Baldwin in abgezackter und ihm ziemlich deutlich zu erkennen gab, daß die ganze Geschichte ihn eigentlich nichts angehe. — Baldwin und Poincaré trafen sich in Paris —, und alles war wieder gut. So wenigstens berichtete Havas und der muß es doch wissen. So ganz harmonisch muß es aber doch nicht gewesen sein. Allerdings eine gewisse oder vielleicht eine ziemlich weitgehende Annäherung mag stattgefunden haben. War der Sturm Cuno's daran schuld? Hat es in London verschlungen, daß Stresemann über Englands Köpfe hinweg mit Paris abhandelte? War die Preisgabe des passiven Widerstands die Ursache dieses Frontwechsels? Immerhin — und das wollen wir hier zwischen hinein zur Ehrenrettung Cuno's feststellen — war es ein großer, nicht hoch genug anzuschlagender Erfolg der Cuno'schen Politik, daß Baldwin, der Vertreter einer verblühten Oroyhmacht, seinem französischen Kollegen ins Gesicht sagen konnte: „Es ist nicht recht, daß du sie hast“ d. h. deine Ruhrpolitik ist eine Verletzung des Versailles-Vertrags.“

Wie aber steht die Sache heute? Poincaré hatte versprochen: „Wenn Deutschland den passiven Widerstand aufgibt, dann wird verhandelt.“ Aber in Paris hat man keine Eile. Und das ist eben, was in England mit Mißfallen aufgenommen wird.

Lord Curzon, der englische Außenminister zeigt dieses Versäumnis auf und erinnert in einer hochwichtigen Erklärung, die er auf der britischen Reichskonferenz vor den Vertretern des großen englischen Weltreichs abgab, die französische Regierung an ihre wiederholten Versicherungen, daß, sobald der passive Widerstand endgültig aufgehört habe, die Zeit zu Erörterungen gekommen sein werde.

Das hat begreiflicherweise den Franzosen nicht gepaßt. Der „Matin“ meint, Curzon habe Auffassungen vertreten, die mit der Meinung Frankreichs meist in Widerspruch stände. Und „Echo de Paris“: Die Rede Lord Curzons lasse die früheren Meinungsverschiedenheiten wieder auflösen. Frankreich werde einen allgemeinen Entschädigungsplan erst zur Aussprache zulassen, wenn das Pfänderprogramm ausgeführt ist. Mit andern Worten: Es bleibt zunächst alles beim Alten. Frankreich behält Rhein und Ruhr fest in den Händen, und erst wenn sich die Besetzung bezahlt gemacht haben wird, dann könne man über die 132 Milliarden sprechen. Vorher nicht.

Ob England sich das gefallen lassen wird? England wird unerschrocken sicherlich keinen Finger rühren. Wir sollten vielmehr, wie auch Baldwin auf der besagten Konferenz erklärte, bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit zahlen. Aber, betont Curzon, England sei an einer Erholung Europas in mancher Beziehung mehr interessiert als die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands und so müsse es nach einem Abschluß verlangen.

Früher hat man unsern passiven Widerstand in England gerne gesehen. Jetzt meinte derselbe Curzon, wir hätten ihn „drei Monate früher“ aufgeben sollen. Wer will aus der englischen Politik klug werden! W. H.

Die Schwierigkeiten der Betriebsaufnahme im besetzten Gebiet

Die Bergwerksunternehmungen des besetzten Gebiets werden nicht so schnell wieder in die Lage versetzt werden ihre volle Erzeugung leisten zu können. Auf den meisten Zechenanlagen hat die feindliche Besatzung die Magazine und vor allem Dinaen die Holzvorräte im Lauf der letzten

Zeit ausgeplündert. Die Waren wurden beschlagnahmt und unbekannt wohin abtransportiert. Zur Sicherung der Kohlenabbaus sind Holzkapel in ungeheurer Zahl notwendig. Kein Bergmann wird eine Schicht gegen jede Einsturzgefahr des Gesteins geschickt. Bei der Abspeicherung des besetzten Gebiets ist es den Zechen unmöglich, Ersatzmaterial vor allem Holz, schnell und in genügender Menge bereinzubekommen. Hieron werden vor allen Dingen die größten Zechenanlagen, wie die im Oelsenbichener und Dortmund'schen Bezirk, soweit sie nicht für Holland bzw. Italien arbeiten, betroffen. Es dürften Wochen vergehen, ehe der Betrieb wieder voll in Gang kommt. Dasselbe gilt für die übrigen Materialen. Die Franzosen haben nicht nur Holz, sondern auch das sogenannte Gezäh (Hacken, Schuppen usw.), beschlagnahmt und fortgeschafft, ferner Öl, Pappwolle, Lederwaren, Ersatzteile für Maschinen usw. Auch die Hüttenindustrie wird noch lange Zeit brauchen, ehe sie wieder voll beschäftigt ist.

Aber auch auf den Zechen, die den Vorzug hatten, nicht von den Franzosen ausgeplündert worden zu sein, stellen sich andre große Schwierigkeiten entgegen. Einige Gruben haben den Förderbetrieb bereits wieder aufgenommen. Nun stellt es sich heraus, daß Wagen zum Verladen der geförderteten Kohlen fehlen oder, daß wo solche noch greifbar sind, Lokomotiven nicht vorhanden sind oder in einem Zustand, daß sie nicht in Betrieb genommen werden konnten. Es muß nämlich darauf hingewiesen werden, daß die Franzosen auch vielfach Lokomotiven, die den Zechen und Hüttenwerken gehörten, beschlagnahmten und solange in Dienst gehalten haben, bis sie vollkommen ruiniert waren. Jetzt sind die Zechen gezwungen, die geförderteten Kohlen auf die Halben zu stürzen. Dabei geht es selten ohne Reibereien mit den Franzosen ab, die ihrerseits trotz allem immer noch an der trübsüchtigen Abschnung des von ihnen besetzten Gebiets festhalten.

Anfangs traurig liegen die Verhältnisse bei der Eisenbahn. Die Franzosen haben es sich der Besetzung an nichts mangeln lassen, um die Einrichtungen der Staatsbahn so viel wie möglich verlorener zu lassen. Die meisten Stellwerke sind unbrauchbar. Die automatische Bedienung der Weichen ist zerstört. Viele Weichen wurden abmontiert, Weichenzungen festgekittet und ganze Schienenstränge auf diese Weise dem Verkehr entzogen. Dazu kommt, daß ein großer Teil des Oberbaumaterials von den Franzosen ebenfalls, unbekannt wohin, abgefahren worden ist. Schienen, Schwellen, Weichen sowie Schienenhölzer und Oberbauplanken, die auf jedem Bahnhof vorhanden sein müssen, sind nicht mehr vorrätig. Die Lokomotiven, die überhaupt noch in deutschem Besitz sind, sind derart ausgeleiert, daß ein stärkerer Betrieb nicht mehr unterhalten werden kann. Im ganzen besetzten Gebiet ist kaum ein Dutzend betriebsfähiger Lokomotiven vorhanden. Dazu fehlt es an Wagen. Auch auf der Eisenbahn wird es Wochen dauern, ehe von einem halbwegs geregelter Verkehr wieder gesprochen werden darf. Dazu treten die bekannten Schwierigkeiten, die den deutschen Eisenbahnern gemacht werden, um wieder ihren Dienst aufnehmen zu können. Ein Beispiel für die Verlorenheit des Eisenbahnbetriebs, der in französischem Besitz war, bietet die Eisenbahnstrecke Quer-Rord über Reddinghausen-Ost bis zur Grenze des besetzten Gebiets. Als diese Strecke auf Drängen Italiens zum Abtransport der Kohlen nach Italien von den Franzosen freigegeben werden mußte, war alles verfügbare deutsche Personal, verstärkt durch Nachbarstationen, wochenlang tätig, um den völlig unbrauchbar gewordenen Betrieb wieder soweit vorzubereiten und die Strecke überhaupt wieder fahrbar zu machen. Dabei handelte es sich nur um eine weniger stark gebrauchte Linie. Wie leben aber erst die Strecken aus, die als Hauptverkehrslinien von den Franzosen seit Monaten benutzt werden?

Bis jetzt sprechen alle Anzeichen dafür, daß es der Besetzung nicht auf eine schnelle Beseitigung der derzeitigen Verhältnisse ankommt. Im übrigen sei noch bemerkt, daß die von uns wiederergebene Bestimmung, wonach die Franzosen bei der Benutzung von Regiegleisen Zahlung in Franken verlangen, von heute an wieder aufgehoben ist. Anscheinend haben sie eingesehen, daß ihre Soldaten sich diese Bestimmung zunutze machen und selbst unter die Schieber gegangen sind.

Deutscher Reichstag

Aussprache zur Regierungserklärung

Berlin, 8. Okt.

Abg. Graf Westarp (Deutschnat.): Die Große Koalition könne man nur mit dem Wort Goethes begrüßen: „Ruh! Ihr euch wieder, schwankende Gestalten!“ (Gelächel.) Draußen vor dem Tor steht der Feind, und im Reichstag wird tagelang über die Zusammensetzung der Regierung geschachelt. Hohn und Spott, Scham und Empörung haben diese Zustände erzeugt. Der Parlamentarismus hat vollkommen verfaßt. Lange wird die Große Koalition nicht

halten. Sie wird scheitern an der Frage, wie lange man Frankreichs Vorstöße noch nachgeben soll. In Deutschland kann nur gegen die Sozialdemokratie registriert werden. Wir verlangen und fordern die Loslösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Los vom Marxismus! Einer Regierung der Großen Koalition können wir historisch-ethische Ergebnisse nicht zubilligen. Redner spricht Herrn von Kahr volles Vertrauen aus. Hülferding habe vollkommen versagt. Jetzt bestehe die große Gefahr, daß infolge dieses Mangels das Volk verhungere. Bedauerlich ist die Herausnahme der dringend notwendigen Aufhebung des Achtstundentags aus dem Ermächtigungsgesetz. Wir können diesem Gesetz nicht zustimmen. Der Redner bedauert, daß mit dem Regierungseintritt Dr. Stresemanns der Frieden nach England abgerufen wurde. Der rheinischen Bevölkerung müsse für ihr heldenhaftes Aushalten größte Bewunderung gezollt werden. (Beifall.) Wenn Dr. Westarp vom Mißbrauch der Ruhrsprache spreche, so müßte er endlich auch Namen und Beweise bringen, sonst müßten seine Angriffe als verleumderisch zurückgewiesen werden. Der passive Widerstand mußte zur Notwendigkeit werden. Die Sabotageakte waren berechtigter Notwehr eines vergewaltigten Volks und nationale Pflicht. Die Sozialdemokraten haben die Einheitsfront in der Ruhr zerstört. Mit dem unvermeidlichen Abbruch des passiven Widerstands müßten auch alle diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abgebrochen und der vertragslose Zustand hergestellt werden. Der Abbruch des Widerstandes wird nicht zur Besserung unserer Finanzen führen. Die einzige Tat der Großen Koalition war die Aufgabe des passiven Widerstands. (Reichskanzler Dr. Stresemann: Sie haben ja selbst gesagt, daß der passive Widerstand nicht länger durchgeführt werden konnte!) Gewiß, aber unter anderen Bedingungen. Wir wollen den Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien mit aller Konsequenz. Wer darauf verzichtet, der vertritt die feindliche Gewalt entgegenzusetzen, der verzichtet auf Rhein und Ruhr. Wir lehnen es ab, die feindliche Gewalt durch eine feige Unterschrift zu bestätigen. Reichskanzler Dr. Stresemann: Es ist bedenklich, wenn Graf Westarp die Hoffnung auf einen Zerfall der Großen Koalition ausspricht. Sie (nach rechts) sind in Opposition getreten zu denselben Steuern, die Sie selbst bewilligt haben. Sie haben eben dem Kabinett Cuno die Steuern bewilligt und nicht dem deutschen Vaterland. Von einer sozialistischen Vorherrschaft im Kabinett kann nicht gesprochen werden. Wie soll denn die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz zustandekommen, wenn gegen die Sozialdemokratie registriert wird? (Zuruf des Abg. Westarp: Reichstag auflösen!) Wir müssen vom ganzen deutschen Volk verlangen, daß es sich mit Papiergeld begnügen läßt, sonst haben wir das Chaos. Die deutschen Beamten, Arbeiter und Kleinbändler nehmen das Papiergeld. Da gibt die schwierige Lage der Landwirtschaft niemanden das Recht, die Parole zur Zurückweisung des deutschen Papiergelds hinauszuwerfen. (Stürmischer Widerspruch bei den Deutschnationalen.) In der Währungsfrage hat die Regierung mit großem Eifer gearbeitet. Von englischer Seite ist schon vor mehreren Monaten dem Kabinett Cuno mitgeteilt worden, wenn es für den Abbruch des passiven Widerstands Gegenleistungen erreichen wolle, dann solle es bald geschehen, sonst würde sie nicht mehr Gelegenheit haben, dafür irgend etwas zu erhalten. Wenn Graf Westarp verlangt, wir sollen den Versailles-Vertrag für nichtig erklären, so übersteht er, daß dieser Vertrag gegenüber der selber betriebenen Gewaltspolitik einen gewissen Schutz für Deutschland bedeutet. Der Kampf um den Rhein geht weiter.

Abg. Dr. Scholz (D. Volksp.) erklärt, daß der Legende vom Dolchstoß der Deutschen Volkspartei gegen die Große Koalition ein Ende gemacht werden müsse. Die Deutsche Volkspartei hat lediglich alle Parteien zu einer Einigung aufgerufen. Die Verhängung des Ausnahmezustands sowohl in Bayern als im Reich sei notwendig gewesen. Die Staatsautorität müsse auch in Sachsen und Thüringen wieder hergestellt werden. Ohne Erhöhung der Produktion sei eine Gesundung nicht möglich. Für das Ernährungsministerium brauchen wir einen praktischen Mann aus der Landwirtschaft. Gemeinsam mit der deutschen Regierung wollen wir unser Volk wieder zur Ordnung und Sparsamkeit führen.

Abg. Koch-Weser (Dem.) begrüßt die Wiederkehr der Großen Koalition. Die Vorwürfe gegen den Parlamentarismus sind unbegründet. Auch sind bereiten die Zustände in Sachsen und Thüringen schwere Sorgen. Bezüglich des Ausnahmezustands müsse auch mit Bayern bald eine Lösung erfolgen. Der Achtstundentag ist für uns lediglich eine Frage der Erhaltung des Staats und der Wirtschaft.

Abg. Leitz (N. V.) verteidigt die Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern. Er richtet an alle Regierungen und Parteien die Mahnung und die Bitte, die durch das Nebeneinanderbestehen beider Verordnungen gegebene Konfliktmöglichkeit auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Von den Regierungsparteien ist folgendes Vertrauensvotum eingegangen: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.“

Abg. Reimle (Komm.) erklärt: Wenn frühere Par-



